Fall DR FRANZEN

50 Pf. für einen Krankenschein?

In der sozialdemokratischen Zeitschrift "Der Klassenkampf" (15. Oktober 1930) schrieb der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel:

"Wer eine solche Politik (Notverordnung der Regierung Brüning) unterstützt oder auch nur toleriert (duldet), macht sich mitschuldig an allen Folgen, die über Deutschland wegen einer solchen Politik kapitalistischer Ruchlosigkeit und Verblendung hereinbrechen müssen"

Am 18. Oktober 1930,

3 Tage später rettete der gleiche Ströbel, M.d.R., mit seiner gesamten Partei das Kabinett Brüning

und brachte den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu Fall. Damit haben die S.P.D.-Bonzen erreicht, daß die 50 Pfennig für den Krankenschein den Erwerbslosen abverlangt werden.

Für die Bonzensessel in Preußen die Preisgabe der Aermsten der Niemals hat eine Partei ihre Anhänger schamloser verraten.

Arbeiter, Erwerbslose, Notleidende! <u>Die satten Bonzen</u> brauchen ein <u>Feigenblatt</u> für ihren <u>schamlosen</u> Verrat.

Darum schwindeln sie von Rettung der Demokratie und Bedrohung durch den Faschismus.

Sie brauchen auch in Braunschweig Ablenkung.

Daher die Franzen-Hetze

Arbeiter, Schaffende!



Dr. Franzen hat nie Begünstigung getrieben, aber er hat sich geweigert, einen Partei-Genossen zu denunzieren. • Ihr habt noch Gefühl dafür! Ihr wünscht Euch Führer, die noch so handeln und Euch nicht verraten.

Die ganze Anklage ist eine Albernheit und ein Armutszeugnis.

Laßt Euch nicht ablenken. Mit schmutziger Hetze und persönlichen Beleidigungen stillt man Euern Hunger nicht!

Es sprechen am Freitag, den 31. Oktober 1930, abends 814 Uhr Im

Konzerthaus, Schützenhaus, Weißes Roß und Kegle

Rust-Hannover, m.d. R.

Die Landtagsabgeordneten:

Landtagspräsident Zörner • Groh • Bertram • Schneider • Alpers

Wer die Wahrheit hören will kommt!

Juden haben keinen Zutritt!

Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose und Rentner 20 Pfg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

